

II- 8402 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
 DER BUNDESMINISTER FÜR
 ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
 DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

Fr.Zi. 5905/14-4-89

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
 Tel. (0222) 711 62-9100
 Teletex (232) 3221155
 Telex 61 3221155
 Telefax (0222) 73 78 76
 DVR: 009 02 04

3896/AB

1989 -08- 04

zu 3846 IJ

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.
 Probst und Genossen vom 31. Mai 1989, Nr.
 3846/J-NR/1989, "Die Kraftwagendirektion
 der ÖBB"

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu Frage 1:

"Werden Sie aufgrund dieser Informationen eine sofortige Untersuchung einleiten?"

Ich habe bereits am 24. April 1989 den Vorstand der ÖBB beauftragt, den diesbezüglichen Sachverhalt zu erheben und entsprechenden Bericht zu legen.

Zu den Fragen 2 und 3:

"Wenn ja, zu welchem Ergebnis hat diese Untersuchung geführt?"

"Wenn nein, warum nicht?"

Der Vorstand der ÖBB hat mich in diesem Zusammenhang am 23. Mai 1989 informiert, daß die jährlichen Schimeisterschaften des Kraftwagendienstes der ÖBB nicht von den ÖBB veranstaltet werden, sondern von einem hiezu konstituierten Organisationskomitee, welches vereinsgesetzlichen Normen unterliegt. Es handelt sich dabei nicht um eine von den ÖBB durchgeführte Veranstaltung. Es ist daher unrichtig, daß die Kraftwagendirektion der ÖBB Gelder erhält.

Diesem Verein obliegt nicht nur die Durchführung der Schimeisterschaften, sondern vor allem die Aufbringung der hiefür erforderlichen Mittel.

- 2 -

Soweit mir berichtet wurde, stellen die ergangenen Zuwendungen keine Beträge dar, welche ansonsten dem Wirtschaftskörper ÖBB in Form von Provisionen, Nachlässen oder sonstigen Gutschriften rechtmäßig zukämen, sondern sind firmenspezifische Werbekostenzuschüsse und Marketingausgaben, welche in gleicher Art und Umfang auch anderen gemeinnützigen Organisationen zukommen.

Auf die Gebarung dieses Vereines habe ich keinen Einfluß.

Wie der Vorstand berichtet, ergab das Untersuchungsergebnis kein, den Interessen der ÖBB zuwiderlaufendes Verhalten einzelner Bediensteter.

Wien, am 31. Juli 1989

Der Bundesminister

